

Antrag I01: THIS IS EUROPE!

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Jusos Hessen-Süd (Bezirk Hessen-Süd · Nr. BZ-1)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Initiativanträge
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

1 Der bestialische und völkerrechtswidrige russische Angriffs- und Vernichtungskrieg in
2 der Ukraine muss enden. Der Krieg Putins hat die schon länger brüchige
3 Weltfriedensordnung erschüttert. Der Begriff „Zeitenwende“ bezeichnet die notwendige
4 Reaktion auf diese Erschütterung: Die Demokratien müssen auf diesen Angriff gegen die
5 Friedensordnung und den Bruch des Völkerrechts reagieren. Auf langer Sicht braucht es
6 eine Rückkehr zu einer demokratischen Werteordnung. Auf kurzer Sicht muss die Ukraine
7 mit vielerlei Maßnahmen weiter unterstützt und gefördert werden, sei es politisch,
8 wirtschaftlich oder militärisch. Wir als politische Jugend von heute und politische
9 Verantwortungsträger*innen von morgen müssen maßgeblich den Druck auf die Regierungen
10 der freien Welt aufrechterhalten, damit die Ukraine diesen Überlebenskampf siegreich
11 bewältigen kann.

12 Hierzu sind weitreichende Maßnahmen notwendig, die aus unserer Sicht die
13 Bundesregierung und vor allem gegenüber der Europäischen Union unabdinglich umsetzen
14 muss für die Zeitenwende und somit ein friedliches Zusammenleben zwischen den
15 verschiedenen Staaten.

16

17 1. Sanktionen und Außenpolitische Maßnahmen

18

19 1.1: Das Ziel der militärischen Auseinandersetzungen muss in einer politischen
20 Lösung, u.a. einem Waffenstillstand, enden, die gleichberechtigt und ohne Diktat
21 entstehen. Die

22 bestehenden Sanktionen müssen auch über ein potenzielles Kriegsende und einen
23 möglichen ausverhandelten Friedensvertrag hinaus zeitlich befristet anhalten. Sie
24 dürfen erst dann zurückgenommen werden, wenn ein Vertrauensverhältnis aufgebaut
25 wurde, dass Putins Regime keinen weiteren Angriffskrieg vollziehen wird. Langfristig
26 ist es unser Ziel als demokratische Jugendorganisation, dass wir alle Bemühungen
27 fördern, so dass das russische Volk einen demokratischen Wandel durchlebt. Dafür
28 arbeiten wir mit zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen in Russland
29 zusammen, mit denen wir gemeinsame Wertevorstellungen einer demokratischen und
30 gerechten Gesellschaftsordnung teilen. Der gegenseitige Austausch insbesondere
31 zwischen Jugendorganisationen ist entsprechend unserer internationalistischen Prägung
32 stets Bestandteil unserer politischen Arbeit.

33

34 1.2: Weitere Sanktionen müssen ergriffen werden. Dazu gehört explizit auch der
35 Ausschluss Russlands aus dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Dafür sollten zu
36 diesem Zweck alle demokratischen Staaten zusammenarbeiten.

37

38 1.3: Wir müssen die Kriegsverbrechen der russischen Regierung unter Putin weiter
39 international ächten. Verhandlungen mit diesem Regime, dürfen einzig zum Zwecke der
40 Verhinderung weiterer Kriegsakte, der Beendigung des Krieges und die
41 Wiederherstellung der Friedensordnung geführt werden.

42

43

44

45

46

47 1.4: Wir setzen uns langfristig weiterhin für die Nukleare Abrüstung ein. Darunter
48 zählt auch die vollumfängliche Abrüstung von Russlands Nuklearwaffenarsenal.

49

50 2. Europäische Verteidigungspolitik

51

52 2.1: Europäische Koordinierung und Vernetzung:

53 Deutschland kann in diesem Krieg nicht allein agieren. Es braucht die europäischen
54 Nachbarn, Freunde, Mitgliedsstaaten und Institutionen. Dieser Moment ist auch ein
55 Beweis dafür, dass der Rückzug in nationales Denken und Handeln der falsche Weg ist.
56 Wir unterstützen den aktuellen Kurs der Bundesregierung sich mit den europäischen
57 Verbündeten und Institutionen abzusprechen, gemeinsam zu entscheiden und fordern
58 dieses Vorgehen auch in Zukunft bei anderen Konflikten.

59

60 2.2: Europas militärische und verteidigende Schlagkraft muss unverzüglich verbessert
61 werden. Im Zuge einer neuen und notwendigen verbesserten Aufrüstung, sollen alle
62 Anstrengungen gemacht werden, die eine baldige Umsetzung einer föderalen europäischen
63 Parlamentsarmee ermöglichen. Ergänzend gilt die weitgehende Beschlusslage der Jusos
64 Hessen-Süd von 2019.

65

66 2.3: Die Europäische Union muss ihre militärische Beschaffungspolitik unverzüglich
67 vereinfachen und entbürokratisieren. Hierzu sollen verbindliche Europäische Vorgaben
68 geschaffen werden. Der Handel mit Rüstungsgütern und Waffen soll auf Staaten die
69 demokratisch, sowie rechtsstaatlich sind und die allgemeine Erklärung der
70 Menschenrechte bedingungslos ausüben begrenzt werden. Waffenlieferungen an die Türkei
71 beispielsweise lehnen wir aufgrund des völkerrechtswidrigen Vorgehens gegen die
72 Kurd*innen Norden Syriens und des Iraks ab.

73

74 2.4: Sicherung von Handelswegen: Die Europäische Union muss ihre Strategie zur
75 Beschaffung von Rohstoffen zügig aufstellen und die daraus folgenden Schritte zum
76 Schutz der Handels- und Transportwege einleiten, u.a. in Asien. Explizit benennen wir
77 auch die Ostsee in den regelmäßigen Grenzüberschreitungen, auch schon vor dem
78 Angriffskrieg der Ukraine, von Einheiten der Russischen Föderation gemeldet werden.

79

80 2.5: Europäische und Eurasische Staaten, die durch Russland erkennbar in ihrer
81 Existenz bedroht werden, oder deren Legitimität durch Russland angezweifelt wird,
82 sollen unverzüglich zum Kandidatenpool in die Europäische Union aufgenommen werden,
83 sofern sie den Europäischen Wertekanon teilen. Allein wirtschaftliche Erwägungen
84 dürfen hierbei keine Hindernisse darstellen.

85 2.5 Für diese Armee sollen die Beschränkung im Handeln auf Landesverteidigung und
86 dem Nachkommen von Bündnispflichten gelten. Interventionen sollen kein
87 Handlungsgebiet dieser Armee sein.

88

89 3. NATO-Bündnispolitik

90

91 3.1: Die NATO muss unverzüglich den Beitritt der skandinavischen Länder prüfen,
92 sofern

93 Schweden und Finnland einen solchen Beitritt wünschen. Die Stationierung weiterer
94 NATO-Kampftruppen, an strategischen Grenzregionen muss auf Wunsch dieser Länder
95 sofort erfolgen. Die Bundesregierung wird aufgerufen ihrerseits, alle möglichen
96 Vorkehrungen zu treffen, um diese Länder schnell in die NATO-Verteidigungspolitik zu
97 integrieren.

98

99 3.2: Die NATO muss Anstrengungen unternehmen, die von Russland bedrohten Länder in
100 die Bündnisstruktur zu etablieren. Das sollte Mittel- bis Langfristig erfolgen.

101

102 3.3 Deutschland als Mitglied des europäischen Pfeilers in der NATO muss sich darauf
103 konzentrieren, seine Landesverteidigung und Bündnisfähigkeit zusammen mit den
104 europäischen und transatlantischen Alliierten zu stärken und in Zukunft auszubauen.
105 Das Verteidigungsbündnis beweist gerade, seine unverzichtbare Bedeutung. Langfristig
106 setzen wir uns für eine verteidigungspolitisch eigenständige Europäische Union ein,
107 die in ihrer Verteidigung nicht notwendigerweise auf die NATO angewiesen ist und
108 dadurch Unabhängigkeit gewinnt. Verteidigungspolitische Entscheidungen müssen
109 möglichst eng an demokratisch legitimierte außenpolitische Entscheidungen der Staaten
110 angebunden werden. Als Europäische Union müssen wir uns aus der militärischen
111 Abhängigkeit auch von den USA und seiner jeweiligen politischen Führung befreien, wie
112 die Regierungszeit Trumps gezeigt hat.

113

114 4. Deutsche Rüstungspolitik

115

116 4.1: Die deutsche Rüstungspolitik muss von der Bundesregierung priorisiert werden. Es
117 ist längst überfällig, dass die Bundesregierung die notwendigen und
118 zukunftsorientierten Schlüsseltechnologien- und Industrien überwacht, fördert und
119 schützt. Dabei soll das oberste kurzfristige Ziel eine Integration in ein
120 europäisches Bündnis und eine entsprechende Angleichung von Strategien, Ausrüstungen
121 und Standards sein. Finanzielle Richtlinien oder Obergrenzen von Finanzierung ohne
122 konkrete Evaluierung von Bedarf lehnen wir ab.

123

124 4.2 Update des Fähigkeitsprofils anhand der Bedrohungslage: Die Fähigkeiten der
125 Bundeswehr unterstehen einem durchgehenden Prozess, aufgrund der Änderung der außen-
126 und geopolitischen Lage. Darum braucht es eine Aktualisierung des Fähigkeitsprofils
127 der deutschen Parlamentsarmee und folglich die notwendige Umsetzung in den
128 verschiedenen Teilstreitkräften der Bundeswehr.

129

130 4.3: Der Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt: Rüstungsexporte in Kriegsgebiete sind
131 stets
132 kritisch zu sehen, aber zum Teil notwendig, wenn es um unabhängige demokratische
133 Staaten geht, die sich gegen einen Angriffskrieg verteidigen. Das alles stellt die
134 deutsche Rüstungspolitik unter besondere Herausforderungen. Die Bundesregierung wird
135 daher aufgefordert neue Gesetze zu schaffen, die sicherstellen, dass Waffen und
136 Rüstungsgüter nur diejenigen erreichen, die sich gegen völkerrechtswidrige
137 Angriffskriege verteidigen! Ansonsten gilt Ziffer 2.2. Eventuelle Rüstungsimport-
138 anfragen sind stets restriktiv auszulegen.

139 4.4: Wir setzen uns für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ein. Märkte mit in
140 vielen Bereichen einem Anbieter und einem oder sehr wenigen Abnehmern sind nicht
141 sinnvollerweise privat zu organisieren. Es begünstigt ein ineffizientes
142 Rüstungswesen. Darüber hinaus lehnen wir es ab, dass Private Gewinn mit Krieg machen.
143 Niemand sollte ein gewinnwirtschaftliches Eigeninteresse an dem Entstehen von Kriegen
144 und gewaltsamen Auseinandersetzungen haben. Die deutsche Geschichte lehrt uns, wie
145 die Rüstungsindustrie bestehende Kriegstendenzen verstärken kann. Die Verstaatlichung
146 der Rüstungsindustrie leistet damit einen Beitrag zu einer stabilen Friedensordnung.
147 Ferner gilt, dass Steuergelder für die Befriedigung von Aktionär*inneninteresse nicht
148 fließen darf, ebenso dürfen Steuergelder auch nicht für wirtschaftliche Verluste der
149 Rüstungsindustrie genutzt werden.

Begründung

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg stellt die Weltordnung vor große Herausforderungen. Zivilist*innen die gefesselt, gefoltert und ermordet wurden zeigen die abscheulichen systematischen Kriegsverbrechen, mit denen die freie Welt konfrontiert wird. Russlands Streitkräfte führen einen Vernichtungskrieg, in denen sie zivile Einrichtungen, u.a. Kitas,

Krankenhäuser und Schulen, sowie Warenhäuser gezielt bombardieren. Diese Grausamkeiten verlangen nach einer geschlossenen Antwort Deutschlands und der europäischen Wertegemeinschaft. Die Zeitenwende, so traurig sie anmuten mag, ist ein gelungener Start der Bundesregierung, um uns auf diese neue Weltordnung einzustellen. Jedoch ist die Ausrufung der Zeitenwende nur der Anfang einer neuen Epoche. Es liegt an uns die Zukunft zu gestalten und weitere entschlossene

Maßnahmen zu fordern, damit Russlands unmenschlicher Krieg erstickt wird. Neue und weitere Maßnahmen müssen das Regime in Moskau international ächten und der russischen Bevölkerung die Aussichtslosigkeit des vom Regime beschlossenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieges aufzuzeigen. Denn eines muss allen klar sein, die Zeit in denen Kanonenrohre und Bombenflugzeuge die Geschicke dieser Welt entscheiden sind vorbei und dürfen nie mehr wieder kommen. Die Flamme der Freiheit, die die Menschen in der Ukraine 2014 auf dem Euromaidan gezündet haben, hat aber jedes Recht von russischen Marschbefehlen nicht erstickt zu werden. THIS IS EUROPE, muss die Message der Zeit sein. Nur gemeinsam und gleichberechtigt, und in stetigem Bekenntnis zu unseren Werten, können wir der Ukraine diejenige Hilfe zukommen lassen, vor der das Regime in Moskau sich so sehr fürchtet: geschlossener Solidarität.